



Ostbeauftragte Gleicke: Toleranz und Demokratie stärken - Rechtsextremismus entschieden bekämpfen

Ostbeauftragte Gleicke: Toleranz und Demokratie stärken - Rechtsextremismus entschieden bekämpfen
Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke, hat anlässlich der heutigen Jahresfachtagung "Zusammenhalt durch Teilhabe" die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements unterstrichen. Auf der durch das Anne-Frank-Zentrum durchgeführten Veranstaltung mit rund 200 ehrenamtlichen Teilnehmern trifft Staatssekretärin Gleicke mit Jugendlichen des "Teams für Demokratie und Engagement" aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammen.
Staatssekretärin Gleicke: "Die beständige Arbeit gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist für mich von größter Bedeutung. Rechtsextremistische Kräfte und ausländerfeindliche Stimmungsmache dürfen keinen Boden gewinnen. Die Demokratietrainerinnen und -trainer des Programms 'Zusammenhalt durch Teilhabe' leisten dabei in den Gemeinden wichtige Unterstützung vor Ort. Sie helfen, Toleranz und Verständnis für andere Kulturen und Menschen als Grundvoraussetzung friedlichen Zusammenlebens offensiv zu vertreten. Ich danke allen, vor allem den ehrenamtlich Engagierten, für ihren unermüdlichen Einsatz für Toleranz und Demokratie!"
Gleichzeitig setzt sich die Ostbeauftragte Gleicke für die Fortführung und Fortentwicklung des Bundesprogramms "Zusammenhalt durch Teilhabe" ein. Staatssekretärin Gleicke: "Ich kann mir vorstellen, dass der Zugang zum Programm erweitert wird. Der Idee etwa, auch die Sozialpartner einzubinden, kann ich eine Menge abgewinnen. Hierzu gehört aber auch das schulische und berufliche Umfeld. Denn insbesondere in diesen Institutionen kann man eine Menge und vor allem frühzeitig etwas für das Verständnis für Toleranz und Vielfalt tun."
Das Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe" ist ein Bundesprogramm des Bundesministeriums des Innern, das seit dem 3. September 2010 läuft. Die Ostbeauftragte wirkt an der Programmausgestaltung mit. Das Programm fördert in ländlichen und strukturschwachen Regionen Projekte für mehr demokratische Teilhabe und gegen Extremismus. Es setzt dabei an bestehenden Strukturen und Potenzialen vor Ort in den Regionen an. Ziel ist es, diese zu stärken, zu vernetzen und weiterzuentwickeln, um jegliche Form von Extremismus zu unterbinden. Im Rahmen des Programms haben in den neuen Bundesländern bisher ca. 700 Demokratietrainerinnen und -trainer ihre Ausbildung abgeschlossen. Sie engagieren sich in Vereinen und in Verbänden. Dort helfen sie bei der Konfliktbewältigung und der Konfrontation mit undemokratischen Verhaltensweisen.
Die diesjährige Fachtagung unter dem Motto "Nah dran - Wir wirken vor Ort" findet am 17. und 18. November in Weimar statt.
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
Scharnhorststr. 34-37
11019 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
URL: <http://www.bmwi.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe